

27.05.2013

Kleine Anfrage 1292

der Abgeordneten Susanne Schneider FDP

Kann die Landesregierung negative Auswirkungen durch die Einführung einer Bürgerversicherung auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft und Arbeitsplätze ausschließen?

SPD und Grüne wollen mit einer so genannten Bürgerversicherung eine verpflichtende Einheitskrankenkasse für alle Bürger einführen, in die auch die Beamten und Selbständigen einzahlen sollen. SPD und Grüne wollen dazu (laut ihren Bundestagswahlprogrammen) die gesetzliche und private Krankenversicherung zusammenführen. Gesundheitsexperten wie Robert Paquet analysieren die Pläne zum Umbau der Krankenkassen dahingehend, dass der privaten Krankenversicherung mit Einführung einer Bürgerversicherung zwangsläufig die Grundlage entzogen und sie zu einem „Auslaufmodell“ wird. Damit würde die Bürgerversicherung ganz unmittelbar zehntausende Mitarbeiter der privaten Krankenkassen treffen. „Die obligatorische Bürgerversicherung stellt 60.000 Arbeitsplätze in der privaten Versicherungswirtschaft in Frage“, sagt Paquet (manager magazin online, 09.04.2013). Darüber hinaus müssten bis zu 50.000 Versicherungsvermittler, die von ihrer Tätigkeit mehr oder weniger leben, um ihre Erwerbsgrundlage fürchten, bestätigt er in einem Bericht der FAZ (08.04.13).

Das Land Nordrhein-Westfalen ist der Hauptsitz zahlreicher Unternehmen der privaten Krankenversicherung. Schwerpunkte sind die Städte Dortmund und Köln. Weitere Standorte liegen in Münster, Bottrop, Wuppertal, Detmold und Düsseldorf. In NRW sind zigtausend Personen unmittelbar bei den privaten Krankenversicherungen beschäftigt. Dazu kommen weitere Dienstleister wie Vermittler und Berater. Für das Land NRW ergab sich im Jahr 2010 eine Wertschöpfung in der Versicherungswirtschaft in Höhe von etwa 7,6 Milliarden Euro.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Arbeitsplätze bei der PKV bestehen derzeit in NRW?
2. Kann die Landesregierung ausschließen, dass es mit Einführung einer Bürgerversicherung in NRW zu einem massiven Stellenabbau im PKV-Bereich kommen könnte?

Datum des Originals: 27.05.2013/Ausgegeben: 28.05.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

3. Wie viele Arbeitsplätze würden durch die Einführung einer Bürgerversicherung, insbesondere in Köln und Dortmund sowie in Münster, Bottrop, Wuppertal, Detmold und Düsseldorf, auf dem Spiel stehen? (Bitte nach Städten aufschlüsseln.)
4. Mit welchen Auswirkungen für das Wirtschaftswachstum in NRW ist zu rechnen?

Susanne Schneider